



Kurt Spalinger-Röes

Was ist gerecht?

Philosophisches Hickhack oder ethischer Anspruch?

Die Frage nach der Gerechtigkeit (1) stellt sich, seit Menschen über ihr Zusammenleben nachdenken. Entsprechend nimmt das Thema auch seit jeher einen zentralen Platz in der Philosophie ein.

Ausführliche Gedanken hat sich in der Antike der Philosoph Platon im vierten vorchristlichen Jahrhundert in seinem Werk «Politeia» gemacht. Für ihn war ein Staat dann gerecht, wenn jeder das tut, was er am besten kann, und insofern Harmonie herrscht. Die Entscheidungsträger in einem Staat sollten ihre Entscheidungen auf der Grundlage wissenschaftlicher und philosophischer Erkenntnisse fällen. Platon glaubte, dass jede falsche Entscheidung auf Unwissenheit beruhe.

Ein gerechtes Gemeinwesen ist also ein Bildungsstaat. Aber nur eine Minderheit der Bürger ist auch imstande, den wissenschaftlichen und philosophischen Weg der Erkenntnis zu gehen. Es müssten also alle besonnen sein oder diejenigen als Herrscher anerkannt werden, die über ausreichende wissenschaftliche und philosophische Kenntnisse verfügen, um die richtigen Entscheidungen zu treffen. Aus der Geschichte sollten wir gelernt haben, dass dies ein gefährliches Experiment sein kann.

Die Gerechtigkeitsvorstellung von Aristoteles (384 – 322v. Chr.) beruht auf der Ungleichheit des Menschen. Er war überzeugt, dass es von Natur aus drei Herrschaftsverhältnisse gibt: das der Eltern über die Kinder, das des Mannes über die Frau und das des Freien über den Sklaven.

Thomas Hobbes (1588 – 1679) ging davon aus, dass alle Menschen, wenn auch mit unterschiedlichen Begabungen und Fähigkeiten ausgestattet, gleich seien, so dass zwischen ihnen

keine natürliche Hierarchie existiert. Um Konflikte zu vermeiden, müsste eine staatliche Ordnung geschaffen werden. Da alle einen Krieg aller gegen alle verhindern wollen, vereinbaren sie, ihre Gewaltmittel (Militär) an eine Person oder Instanz abzutreten – in der Hoffnung, dass diese dann als souveräne Macht auch den Frieden sichert. Konkurrierende Vorstellungen von Gerechtigkeit würden diesen Frieden gefährden. So bestimmt alleine der Wille der souveränen Macht, was gerecht und ungerecht ist.

Hier regieren nicht mehr Menschen/Bürger einen gerechten Staat, sondern Gesetze sind an ihre Stelle getreten. Gesetze treffen aber immer nur pauschale Regelungen, die im Einzelfall zu Ungerechtigkeiten führen. Ein Staat braucht Grenzen in Form der individuellen Freiheit seiner Bürger. Gerechtigkeit darf nicht gleichgesetzt werden mit den jeweils geltenden Gesetzen.

Rousseau (1712–1778) wollte die ursprüngliche Freiheit des Menschen dadurch wieder herstellen, dass jeder nur das tut, was er selbst tun will. Dies bedeutet, ein Gemeinwesen zu etablieren, in dem nur diejenigen Gesetze Geltung haben, die von allen gemeinsam beschlossen werden. Privatinteressen sollen keine Rolle spielen können. Wer seinen eigenen Vorteil verfolgt, wird von den anderen Mitgliedern keine Zustimmung erfahren. Gerecht ist eben das, was eine Versammlung von gleichberechtigten und eigenverantwortlichen Staatsbürgern beschliesst. Eine Demokratie, wie wir sie heute kennen, wäre weltweit nicht ohne Rousseaus Gedanken möglich gewesen.

Eine gerechte Gesellschaft gestaltet demnach ihre Institutionen so, dass sie im besonderen Mass der am schlechtesten gestellten Personengruppe zugutekommen. Umgekehrt: Ungleichheiten sind nur dann gerecht, wenn sie den am stärksten Benachteiligten nutzen.

Ansprüche des Staats auf Steuern, um beispielsweise mehr Verteilungsgerechtigkeit zu sichern,

**«Es sind die GERECHTEN Urteile,
die mir Angst machen»**

Kurt Spalinger

Du erhältst dieses «Dänkmümpfeli», weil ich davon ausgehe, dass Du an meinen Arbeiten interessiert bist und weil Du als eine mir bekannte Persönlichkeit in meiner privaten Datenbank registriert bist. Solltest Du kein Interesse mehr haben, so bitte ich Dich, dieses Mail mit dem Vermerk «bitte abmelden» zurückzusenden.

Kurt Spalinger-Röes, Aeschstrasse 13, CH-5610 Wohlen, www.bulmo.ch, Unterstützung mit TWINT 079 661 74 70 «DM»



kommen Diebstahl gleich. Institutionen sollten nicht das Soziale zu regeln suchen. Die Verteilung von Gütern ist nicht entscheidend, sondern wie diese Verteilung zustande kommt. Was sich auf dem freien Markt etabliert, ist gerecht, wenn die Ausgangsbedingungen gerecht waren. Wir haben zwar als Individuen gleichermaßen ein Interesse, bestimmte Handlungsweisen zu verbieten (zum Beispiel Mord) und werden daher der Einführung einer Rechtsordnung zustimmen, welche diese individuellen Rechte sichert.

Interessant finde ich, dass der dänische Schriftsteller Aksel Sandemose (1899–1965), der in seinem Roman («En flyktning krysser sitt spor, 1933» – Ein Flüchtling kreuzt seine Spur) einen fiktiven Verhaltenskodex sozialer Spielregeln, das sog. «Janteloven» (2) beschrieben hat.

Das Gesetz von «Jante» (ein kleingeistiges Milieu einer fiktiven dänischen Kleinstadt namens Jante) hat sich, obwohl ursprünglich als Kritik an sozialen Zwängen gemeint, in der Bedeutung von Jante dahingehend gewandelt, dass es bis heute auch Personen kritisieren kann, die sich über ihre soziale Gruppe stellen wollen oder für etwas Besseres halten. Immer wieder hört man die Bemerkung: «Du musst dich nicht für etwas Besseres halten!»

Janteloven hatte eine Zustimmung erfahren, die nicht nur in Skandinavien, sondern auch in ganz Europa, insbesondere in den ländlichen und ärmeren Gegenden, als Verhaltenskodex sozialer Spielregeln verstanden worden ist und immer noch wird.

Ich denke nicht, dass es eine umfassende, systematische Gerechtigkeitstheorie geben kann. Es kann durchaus legitim sein, wenn ein Verein die Aufnahme eines Mitgliedes verweigert. Es gibt schliesslich kein allgemeines Recht, Mitglied eines Vereins zu werden. Wenn aber ein Staatsbeamter die Zustimmung eines Antrages von ökonomischen Vorteilen abhängig macht, ist dies Korruption und somit ungerecht, während Verhandlungen über einen wechselseitigen Vorteil in Wirtschaftskreisen wiederum legitim sein können.

Wer religiös motivierte Überzeugungen vertritt, dass Menschen ungleich geboren werden, dass das Vorleben unsere gesellschaftliche Zugehörigkeit bestimmt, oder wer meint, dass der Starke das Recht habe, den Schwächeren zu unterdrücken, weil dies der biologischen Ordnung der Natur entspräche, der ist mit rationalen Argumenten vermutlich kaum zu überzeugen.

Zusammenfassend könnte man es mit den Gedanken von John Rawls (1921–2002) so ausdrücken: Faire, gerechte Entscheidungen können nur gefällt werden, wenn zwar alles relevante Wissen aus der Ökonomie und Psychologie zugelassen wird, aber keine Kenntnisse über die entscheidenden Personen (Parteien) selbst. Keine Person von diesen weiss also, welchem Geschlecht sie angehört, wie alt sie ist, ob und wenn ja, welcher Religion sie angeschlossen oder welcher Herkunft sie ist. So könnte eine gerechte Gesellschaft funktionieren, da die Personen nicht wissen, was ihnen zum persönlichen Vorteil gereicht wird. Da beispielsweise die Repräsentanten nicht wissen, welchem Glauben sie angehören, werden sie sich für Glaubensfreiheit aussprechen, da eine Gesellschaft, die eine bestimmte Religion vorschreibt oder unterdrückt, katastrophale Folgen für das eigene Leben haben könnte, wenn man nicht dazugehört.

¹⁾ Siehe dazu auch mein Dänkmümpfeli #51 «Gerechtigkeit» im Archiv

²⁾ Das Gesetz von «Jante»

Du sollst nicht glauben, dass du etwas Besonderes bist.

Du sollst nicht glauben, dass du uns ebenbürtig bist.

Du sollst nicht glauben, dass du klüger bist als wir.

Du sollst dir nicht einbilden, dass du besser bist als wir.

Du sollst nicht glauben, dass du mehr weisst als wir.

Du sollst nicht glauben, dass du mehr wert bist als wir.

Du sollst nicht glauben, dass du zu etwas taugst.

Du sollst nicht über uns lachen.

Du sollst nicht glauben, dass sich irjemand um dich kümmert.

Du sollst nicht glauben, dass du uns etwas beibringen kannst.

